

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Nächstes Griechenlandpaket ablehnen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene einzusetzen,

1. dass dem neuen Griechenlandpaket nicht zugestimmt wird,
2. dass darauf hingewirkt wird, Griechenland die Möglichkeit zu geben, seine Währung beispielsweise durch Einführung einer Zweitwährung abwerten zu können, um wieder wettbewerbsfähig zu werden.

Begründung:

Die Politik zur Rettung Griechenlands ist gescheitert. Der Plan "Finanzhilfen gegen Reformen" geht nicht auf, wodurch die Haftungsrisiken mit jedem neuen Griechenlandpaket immer größer für die deutschen und bayerischen Steuerzahler werden. Mittlerweile ist eine Schwelle erreicht, in der sich auch die Gläubiger in eine prekäre Lage manövriert haben: Ein nachträgliches Eingeständnis, dass es Griechenland aufgrund mangelnder Wirtschaftsstärke und Wettbewerbsfähigkeit unter den Rahmenbedingungen des Euros nicht schafft, wäre eine Erklärung der politisch Verantwortlichen, dass die Eurorettungspolitik seit dem ersten Griechenlandpaket nicht nur teuer, sondern auch falsch war. Griechenland fehlte nämlich von Beginn an hauptsächlich die notwendige Wettbewerbsfähigkeit, um reif für die Eurozone zu sein. Das neue Griechenlandpaket muss zur weiteren Schadensbegrenzung abgelehnt und ein neuer Weg in der Griechenlandrettung durch die Möglichkeit der selbständigen Abwertung dieses Eurozonenmitglieds im Sinne unserer Steuerzahler eingeschlagen werden. Beispielsweise kann dies durch Einführung eines Zweitwährungssystems geschehen, durch das neben dem Euro eine zusätzliche eigene nationale Währung eingeführt wird. Denn es gibt durch das Vorgehen von Syriza und die ersten Amtshandlungen der neuen griechischen Regierung keine vertrauensvolle Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit mehr. Es fehlt auch eine überzeugende Aussicht, das Vertrauen der Kapitalmärkte unter diesen Bedingungen im notwendigen Maße und in der gebotenen zeitlichen Kürze zurückzugewinnen. So machte Syriza den Griechen zunächst unseriöse Versprechungen im Wahlkampf, die ersten Amtshandlungen in der Regierung bestanden darin, die südeuropäischen Länder gegen die Bundesrepublik Deutschland sowie andere stabilitätsorientierte Länder in Stellung zu bringen. Die aktuellen Zusicherungen und Einnahmehoffnungen der griechischen Regierung sind zudem nicht zufriedenstellend. Die IWF-Chefin Christine Lagarde stellte entsprechend fest, dass klare Zusicherungen fehlten, die ins Auge gefassten Reformen auch umzusetzen. Es bleibt aber nicht nur bei vagen und schwammigen Formulierungen sowie fehlenden konkreten Aussagen über die Form der Umsetzung der Vorhaben auf der Reformliste, sondern auch die Finanzierung der Pläne und des griechischen Haushalts ist angesichts unerwartet niedriger Steuereinnahmen und den über 76 Milliarden Euro Rückständen von säumigen Steuerzahlern in Griechenland mehr als fraglich.